

Abonnements-Preise: mit täglicher Zustellung ins Haus monatlich K 1.80, ohne Zustellung: in den Einzelvertriebs- Stellen und in der Expedition bei Abnahme von Blocks monatlich K 1.20.

Das Abonnement kann mit jedem Tage begonnen werden.

Einzelpreis 6 Heller. Redaktion und Geschäftsstelle Piazza Carli Nr. 1, II. St. Telefon Nr. 63.

Polauer Tagblatt.

Erscheint täglich 4 Uhr nachmittags, Sonntags um 6 Uhr früh.

Abonnements und Anfordigungen (Inserate) nehmen entgegen:

die Geschäftsstelle unseres Blattes, Piazza Carli 1, II. St., die Buchdruckerei M. Clapis (J. Armpotic) Piazza Carli 1, und die Buchhandlungen C. Mahler und E. Schmidt sowie alle größeren Anzeigen-Expeditionen des In- und Auslandes.

II. Jahrgang

Wola, Mittwoch, 20. Juni 1906.

= Nr. 244. =

Die Wahlreform.

Die Wahlkreiseinteilung dreier Kronländer, von Dalmatien, Oberösterreich und Salzburg, wurde im Wahlreformauschusse ohne besondere Schwierigkeiten erledigt. Dann folgte Niederösterreich und auch hier ging die Beratung glatt, wobei freilich die Bestrebungen, die den Christlichsozialen auf den Leib geschnittene Wahlkreiseinteilung Wiens und der n.-ö. Landgemeinden zu ändern, keinen Erfolg erzielen konnten. Selbst die Sozialdemokraten stimmten gegen die Abänderungsanträge, die mit den vierzehn Stimmen der freiheitlichen deutschen Abgeordneten in Minderheit blieben. Wie begehrt die Tschechen ihre Blicke auf Niederösterreich richten, zeigte die Forderung des Abg. Choc, daß vier tschechische Mandate in dem urdeutschen Stammlande der Monarchie festzusetzen seien. Fand dieser Antrag auch die gebührende Zurückweisung, so enthüllte er doch die tschechischen Zukunftspläne und bildet für die Deutschen einen Grund mehr, darauf zu beharren, daß die Wahlkreiseinteilung unter den Schutz einer Zweidrittelmehrheit gestellt werde. Die vom Wahlreformauschusse angenommene Teilung der beiden Favoritner Wahlbezirke dürfte leider in diesem Wiener Gemeindebezirke einen ernstlichen nationalen Wahlkampf zur Folge haben, der allerdings für die Tschechen aussichtslos bleiben wird, wenn die deutschen Parteien gegen den nationalen Gegner sich zusammenschließen. Im Lande Niederösterreich sind die meisten Städte wieder in die Städtebezirke eingereiht und Industriebezirke gebildet, die jedoch bei der fortschreitenden Industrialisierung der Scheidung zwischen Stadt und Land nicht völlig entsprechen werden. Gegenüber der ursprünglichen Vorlage bildet die vom Wahlreformauschusse beschlossene Wahlkreiseinteilung doch eine wesentliche Verbesserung. Bei der Beratung der Wahlkreiseinteilung für Steiermark traten bereits die nationalen Gegensätze in aller Schärfe hervor. Nicht nur, daß die südsteirischen Slovenen mit sechs Mandaten nicht zufrieden sind, auch die Frage eines krainischen Mandates für die Deutschen spielte entscheidend in die Beratungen hinein, indem Abg. Dr. Pommer ein Funktim für Krain und Steiermark forderte und ebenso, wie Abg. Wastian, erklärte, nicht für die Vorlage stimmen zu können, wenn für die Deutschen Krains nicht ein deutscher Wahlbezirk (Gottschee) geschaffen werde.

Die Forderung nach einem deutschen Mandat für Krain ist eine in jeder Beziehung gerechtfertigte; nicht nur, daß die Deutschen Krains heute in den zwei Abgeordneten des Großgrundbesitzes eine Vertretung haben, auf die zu verzichten schon vom Standpunkte des Besitzes kein Grund vorhanden ist, sondern auch die geschichtliche und kulturelle Stellung der Deutschen im Kronlande, ihre Steuerleistung und ihre Bedeutung für die künftige Entwicklung begründen ihren Mandatsanspruch. Es ist vielleicht einer der größten Fehler der Regierungsvorlage und der Hohenlohe'schen Ergänzungen, daß die Deutschen in Krain dem agitatorischen Einpruche des Dr. Schusterschitz in unbegreiflicher Jaghaftigkeit geopfert wurden. Eine Entschädigung der Slovenen in Steiermark oder Kärnten würde den Fehler nicht beseitigen, sondern noch ärger machen, denn man kann doch die Slovenen nicht dafür entschädigen, daß man den Deutschen wieder gibt, was ihnen von Anfang an gebührte. Das hieße doch ein Unrecht durch ein neues Unrecht zu ersetzen. Nicht Kompromiß, sondern Anerkennung dessen, was gerecht ist, kann die Wahlreform über die Klippe bringen. Es wäre auch nicht mehr als billig, wenn durch das deutsche Krainer Mandat die Spannung zwischen den beiden, freilich imaginären Blocks eine Verminderung erführe. Man wird wohl überhaupt endlich aufhören müssen, durch Kompensationen neuer Mandatsforderungen die Gesamtzahl der Mandate ins Unendliche zu steigern. Bei einem halben Tausend ist man bereits glücklich angelangt, und, wenn der Schacher so weitergeht, wird bald, wie ein Abgeordneter scherzhaft bemerkte, ernstlich ein Antrag notwendig sein, der wenigstens bei Tausend Halt gebietet. Für die Arbeitsfähigkeit des künftigen Hauses ist die unaufhörliche Vermehrung der Mandate — man braucht nur an die möglichen Monstre-Ausschüsse zu denken — die schlechteste Vorbedingung,

und es wäre wahrlich vernünftig, sich endlich an die Grenze der Hohenlohe'schen Vorschläge zu halten. Von ungünstigem Einflusse auf das Fortschreiten der Arbeiten des Wahlreformauschusses erweisen sich die Drohungen der Sozialdemokraten mit dem Massenstreik, wie überhaupt die sozialdemokratischen Einschüchterungsversuche nicht geeignet sind, die Sympatien für die Wahlreform zu vermehren.

Hundschau.

Die Triester Hafenanlagen. Der Budgetauschuss des Abgeordnetenhauses setzte gestern die Verhandlung des Berichtes des Subkomitees betreffend die Triester Hafenanlagen fort. Abg. Stone stellt an die Regierung eine Reihe konkreter Fragen, in welcher er Auskünfte über die Vergebung der Bauten, über die Baubedingungen u. s. w. verlangt. Handelsminister Forst gibt sodann ein umfangreiches Exposé, welches außer der Erörterung der verfassungsrechtlichen Momente eine ausführliche Darlegung der rüchlich der Triester Hafenbauten im Laufe der letzten Jahre getroffenen administrativen Maßnahmen sowie deren Begründung zum Gegenstande hat. Ein zweites vom Handelsminister unterbreitetes Exposé enthält eine eingehende Besprechung der technischen Fragen. Der Minister regt an, das erste Exposé sofort zur Diskussion zu stellen, während das reintechnische Exposé zunächst an das Subkomitee zu leiten wäre. Der Minister stellt vor Allem fest, daß er auf Grund der Einsichtnahme in das Aktenmaterial die festeste Ueberzeugung gewonnen habe, daß von einer wie immer gearteten subjektiven Verschuldung der beteiligten leitenden Verwaltungsorgane absolut nicht gesprochen werden kann und daß soweit in objektiver Hinsicht Geschehnisse vorkamen, die besonders vom verfassungsrechtlichen Standpunkte zu einer Kritik Anlaß gaben, die diesbezüglichen Handlungen bzw. Unterlassungen auf das leider allzugroße Konto jener bedauerndwerten Zustände zu buchen sind, in welche die Verfassungsmäßigkeit im Laufe der verflorenen Jahre geraten war. Der Minister sieht sich verpflichtet, zunächst das Augenmerk der Gegenwart und der Zukunft zuzuwenden, und erklärt, daß er diesfalls mit Vergnügen die Anregung des Subkomitees aufzugreifen gewillt sei. Er konstatiert, daß die vom Subkomitee berührte Notwendigkeit einer Ueberprüfung der technischen Seite des gegebenen Sachverhaltes vom Handelsministerium schon vorher beschlossen wurde und daß die Modalitäten zur Durchführung derselben der Seebehörde bereits vorliegen. Der Minister wird nicht ermangeln, das Ergebnis der diesbezüglichen Erhebungen und Beratungen dem Ausschusse seinerzeit vorzulegen, und wird bestrebt sein, dieses Ergebnis in erster Linie als Leitfaden bei der weiteren Ausführung der im Zuge befindlichen Triester Hafenbauten zu benützen, in zweiter Linie aber auch zu dem Zwecke, um beurteilen zu können, ob fehlerhafte Handlungen und Verfügungen vorgekommen sind, betreffend welcher Verantwortungen Platz zu greifen hätten. Der Minister habe die Absicht, auch die Organisierung bzw. Neuausgestaltung der Hafenbauleitung in den Bereich eingehender Erwägung zu ziehen. Der Minister erklärt sich mit jedem Teile der Resolution einverstanden, der sich auf die Errichtung einer wissenschaftlich-technischen Kommission bei der Seebehörde und auf die Kreierung eines Marinebeirates bezieht. Es wäre zu erwägen, ob dieser Beirat nicht lieber der Seebehörde als dem Handelsministerium zur Seite zu stellen wäre. Schließlich werde ich, sagt der Minister, nicht ermangeln, im Einvernehmen mit dem Finanzminister auch der Frage der Verdienstzertifikate näher zu treten, sobald der vorliegende Gesetzentwurf parlamentarisch verabschiedet und der angesprochene Kredit bewilligt werden wird. Ich bitte den hohen Ausschuss, dem diesbezüglichen Antrag des Subkomitees zuzustimmen und den Kreditbetrag, mit dessen Reduktion auf 4 Millionen Kronen ich mich unter den obwaltenden Verhältnissen einverstanden erkläre, votieren und zugleich die Versicherung entgegennehmen zu wollen, daß ich nichts verabsäumen werde, sofort das Erforderliche zu veranlassen, damit die Angelegenheit der Verdienstzertifikate in einer verfassungsmäßig

vollständig korrekten und einwandfreien Weise geregelt werde. Diese wenigen Bemerkungen wollte ich mir vorausschicken erlauben und schließe mit dem Ersuchen, der hohe Ausschuss wolle dieselben zur Kenntnis nehmen und mir seine tatkräftige Unterstützung zuteil werden lassen, bei der Fortführung eines Werkes, dessen eminente wirtschaftliche Bedeutung eine zweifellose ist und rüchlich dessen wir alle vom Wunsche befeelt sind, daß seine rechtzeitige Vollendung im Interesse der wirtschaftlichen Zukunft des Staates in der zweckdienlichsten Weise gelingen möge. Vor dem Handelsminister sprach Abg. Freiherr v. Morfen, der sich gegen den ihm von einem Wiener Blatte gemachten Vorwurf wendete, als hätte er Dr. Körber einer schmutzigen persönlichen Bereicherung geziehen. Er beruft sich diesbezüglich auf den Ausschuss. Redner mußte dies konstatieren, weil die Tendenz einer ganzen Reihe von Präferenzen dahin gerichtet war, eine Ablenkung von der ganzen Sache herbeizuführen. Der Regierungsvertreter, Sektionsrat Krenn verliest hierauf ein ausführliches administratives Exposé, in welchem gegenüber den Ausführungen des Berichtes des Subkomitees der Standpunkt des Handelsministeriums dargelegt wird. Das Exposé weist den Vorwurf mangelnder Voraussicht zurück. Die Regierung mußte an den Bau der erweiterten Anlagen schreiten und sie hätte ihre Pflicht versäumt, wenn sie es nicht getan hätte. Das Exposé hebt hervor, daß auch der Bericht des Subkomitees anerkennt, daß die Regierung gezwungen war, die Arbeit in Angriff zu nehmen, trotzdem sie über die erforderlichen Mittel nicht verfügte. Der Bericht des Subkomitees hätte daher bei objektiver Würdigung des Gesamtsachverhaltes wohl anerkennen müssen, daß die Regierung nicht anders vorgehen konnte, als sie es getan habe, er hätte sogar anerkennen müssen, daß die Regierung mit allem Eifer und Nachdruck bemüht war, die schädlichen Konsequenzen ihrer Lage zu mildern, soweit als es überhaupt in ihrer Kraft stand.

Die Gemeinsamkeit. Im ungarischen Reichstag hat Kossuth erklärt, daß die Zollgemeinschaft nicht mehr bestehe und im österreichischen Herrenhause hat Freiherr v. Beck angekündigt, daß Oesterreich davon Anlaß nehmen könnte, die bisher als gemeinsam geltenden und für die gemeinsamen Ausgaben verwendeten Zolleinnahmen an den Grenzen Oesterreichs für sich in Anspruch zu nehmen. Das wäre Ungarns schwerste finanzielle Schädigung und Oesterreichs namhaftes finanzielles Interesse; denn jetzt bezahlen wir für Ungarn einen guten Teil der auf Ungarn nach der Quote sonst entfallenden Beiträge zu den gemeinsamen Ausgaben. Damit wären Zollschranken errichtet, die wirtschaftliche Trennung schon vollzogen — und doch beruhen auf der Fortdauer der wirtschaftlichen Gemeinsamkeit unsere Handelsverträge. Also kann die Trennung bis zu deren Ablauf wenigstens formell nicht vollzogen werden. Also müßte es, wenn beide Reichshälften ehrlich wollten, zu einer Verständigung kommen, da aber Oesterreich mit Recht als Bedingung einer solchen Verständigung die Revision des ganzen Ausgleichs fordert, so mußte es darüber zu einer Verständigung kommen. Wie die Dinge liegen, wird Ungarn nur eine solche Revision zulassen, die wenigstens 1917 die Trennung von selbst, automatisch, herbeiführt. — In dieser Zwischenzeit würde Ungarn sich soweit gestärkt haben, daß es eine Trennung ertragen kann. Wir Oesterreicher haben das größte Interesse daran, Ungarn diese Frist nicht zu gewähren, zumal wir überzeugt sind, welche Schädigung die Trennung auch der Monarchie als solcher, als Großmacht zufügen würde. Wir haben also allen Grund, mit der Inanspruchnahme der Zolleinnahmen an unseren Grenzen für Oesterreich allein einen Druck auf Ungarn auszuüben, daß es in eine ehrliche Revision des gesamten Ausgleichs willige, aber in eine Revision, die nicht auf Trennung, sondern auf dauernde Einigung abzielt. Sonst lieber die Trennung sofort mit allen ihren Folgen, die jetzt Oesterreich minder gefährlich sind als 1917. Die österreichische Delegation wird die Frage der Zolleinnahmen gewiß in den Vordergrund stellen. Sie ist die scharfe Waffe in der Hand Oesterreichs gegen Ungarn. Mit dieser Waffe wird sie auch die Forderung Ungarns, die Verzehrungssteuer auf Kaffee, Bier, Branntwein, Petroleum usw. selbständig

zu regeln, also zum Schaden der österreichischen Industrie, abzuwehren; sie und die Regierung.

Katastrophaler Dammbruch im Schloße von Konopischt. Im Schloßpark des Konopischer Schlosses bei Beneschau in Böhmen, das bekanntlich dem Thronfolger Erzherzog Ferdinand d'Este angehört, wurde von einem Unwetter der Damm des großen Schloßteiches, der einige Mühlen und elektrische Anlagen speist, durchbrochen. Das abfließende Wasser hat mehrere elektrische Kraftanlagen außer Betrieb gesetzt. Das Schloß ist daher ohne Licht und ohne Wasser und die Familie des Erzherzogs wird genötigt sein, Schloß Konopischt zu verlassen. Bei den Rettungsarbeiten wurde unweit des Schlosses ein junger Bursche, der sich anschickte, eine der Schleusen zu öffnen, um dem Wasser freien Abzug zu verschaffen, von den Fluten fortgerissen und ertrank. Der Thronfolger leitete persönlich die Rettungsaktion. Erzherzog Franz Ferdinand erzählte einem Journalisten, daß er am Unglückstage ungefähr um 5 Uhr früh im Schloß ein ohrenbetäubendes Losen hörte. Als er in den Park eilte, bemerkte er, daß das Wasser im Teich um mehr als vier Meter gestiegen sei und mit furchtbarer Gewalt gegen die Dämme anstürmte. Alle Versuche, die Schleusen zu öffnen, waren infolge des kolossalen Wasserdruckes vergeblich. Kurze Zeit darauf sei der Damm in einer Breite von 15 Meter und in einer Höhe von drei Meter geborsten. Das Wasser ergoß sich wie ein Strom in den Park und gegen die Gebäude. Der ganze Schloßpark wurde sofort unter Wasser gesetzt. Das Schloß selbst blieb, da es auf einer Anhöhe liegt, unbeschädigt.

lokales und Provinziales.

Silberne Hochzeit. Heute begehen der Hotelbesitzer und Kaufmann Herr Johann Cuzzi sowie dessen Gattin, Frau Julia Cuzzi, das Fest ihrer silbernen Hochzeit. Anlässlich dieses schönen Jubiläums sind dem allseits beliebten Ehepaare, das sich in den Gesellschaftskreisen Polas seiner Biederkeit und Ehrenhaftigkeit wegen der größten Wertschätzung erfreut, zahlreiche Beweise herzlicher Teilnahme zugekommen. Die „Deutsche Sängerrunde“ brachte gestern dem Jubelpaare ein Ständchen, worauf der Obmann, Herr Obendorfer, dem Ehepaare in herzlichsten Worten die Glückwünsche des Vereines überbrachte.

Ernennung. Der Statthalter in Triest und im Küstenland hat den Kandidaten bei der k. k. Polizeidirektion Johann Zafutta zum Polizeioffizial ernannt.

Sonnwendfeier. Am Samstag, 23. d., um 8 Uhr abends, werden die beiden Triester Südmark-Ortsgruppen im Vereine mit dem „Deutschen Turnverein Triest“ im Restaurant „Marienburg“ eine Sonnwendfeier veranstalten. Besondere Einladungen hiezu werden nicht verschickt. Gäste sind willkommen.

Marinekapelle. Im Marinekasino findet diesen Samstag abends ein Gartenkonzert der Marinekapelle statt.

Neue Telegraphensektion in Zrnovo. Laut einer Mitteilung der Post- und Telegraphendirektion für Dalmatien wurde in Zrnovo auf der Insel Curzola eine postkombinierte Telegraphensektion mit beschränktem Tagdienste eingerichtet.

Phantasten. Daß da neulich nächtlicher Weise im „Café Municipio“ ein paar Gläser daran glauben mußten, läßt gewissen Leuten keine Ruhe. Wenn es „Genossen“ wären, die so die nächtliche Ruhe gestört hätten, dann hätten sich natürlich die Herren, die in der letzten Sitzung der Giunta eine so geharnischte (man könnte auch „freche“ sagen) Interpellation vorgebracht, nur dann ereifert, wenn die Wache eine solche Äußerung des freien Willens unterdrückt hätte. Aber so waren es Offiziere! Und da entrüsteten sich natürlich die Genossen moralisch, und wie! Die „Terra d' Istria“ bringt die Interpellation, welche die Herren Viruffi, Glezer und Privilegio in der Giunta vorgebracht, zum Abdruck. Sie gibt zunächst Zeugnis für ein starkes dichterisches Talent des Autors: Erst kommt die in solchen Fällen stets ausgesprochene Vermutung, daß die Kunde von den in Frage kommenden Ereignissen ja auch wohl zu den maßgebenden Ohren gelangt sei; darauf folgt in glühenden Farben die Schilderung der nächtlichen Szene, die mit der „Zerstörung“ des Kaffeehauses endete und dem geängstigten Gemüt der Interpellanten folgende Angstfrage entriß: „Scheint es nicht, daß solche Szenen unerhörter Rohheit eine beständige Gefahr darstellen für alle Bürger, die nach einer bestimmten Stunde nicht mehr die Straßen passieren können, ohne von betrunkenen Offizieren mit Revolvern (!) und Säbeln bedroht zu werden.“ Und dann folgt die bekannte Schlusswendung: „Was gedenkt man?“ Man sieht, eine ganz tadellose Interpellation, der nichts fehlt — als die zugrunde liegende Tatsache. Aber über diesen Mangel helfen Gehässigkeit und Entstellung leicht hinweg und je mehr man übertreibt, desto leichter findet man Glauben; wenn schon jemand die Revolver anzweifelt, das mit den Säbeln könnte er halt doch für möglich halten. Drum nur möglichst laut schreien, dann wird man gehört. Und so geschah es auch. An

den Bligstrahlen flammender Entrüstung, die aus der Interpellation hervorschoßen, entzündete sich auch die Begeisterung des Herrn Dr. Stanich, dessen Antwort die „Terra d' Istria“ ebenfalls bringt. Die ist auch ganz interessant zu lesen: Schmerzliches Bedauern, feurige Versicherung, daß man sich eins fühlt mit den Interpellanten und das Versprechen gründlicher Abhilfe. Und offenbar, um in kühnem Flug der Phantasie nicht hinter der Interpellation zurückzubleiben, verspricht er die „Arretierung zerstörungslustiger und provozierender Offiziere, die auch durch die städtische Sicherheitswache durchgeführt werden kann, wenn die militärische Behörde nicht sofort einschreitet, um Ordnung zu machen.“ Also sprach Dr. Stanich, wenigstens nach dem Berichte der „Terra d' Istria“. Es gibt Leute, die glauben, daß das Blatt mit der Veröffentlichung dieser Rede dem Herrn Dr. Stanich keinen Gefallen erwiesen habe. Man redet ja viel, wenn man Zeit hat und unter sich ist, aber muß es denn auch jeder wissen? Aber Spaß beiseite: die Art und Weise, in welcher gerade über diese Angelegenheit in der Giunta verhandelt wurde, gibt zu denken. Da wird ein einziger Fall in gehässiger Art und Weise verallgemeinert, daß ein unbefangener Leser glauben muß, die Polaer Garnison zähle lauter Rauf- und Trunkenbolde zu ihren Offizieren, die nachts herumstreicheln und stechen. — Und diese beleidigende Entstellung wird vom Vorsitzenden der Giunta nicht etwa zurückgewiesen und die Tatsachen der Wahrheit entsprechend dargestellt, sondern es wird noch die ebenso beleidigende Drohung hinzugefügt, mit Arretierungen durch die Wache vorzugehen. Macht all das nicht den Eindruck, als ob man hier gewisse Elemente hätte etwas zu groß werden lassen?

Prozeß Milovan-Puppis. Heute fand vor dem hiesigen Bezirksgerichte unter dem Vorsitze des k. k. Gerichtsadjunkten Dr. Bencich die Fortsetzung des Prozesses Milovan-Puppis statt. Die heutige Verhandlung befaßte sich mit den Kontrakten, welche zwischen der „Società polese Austriaca“ und dem Hotelbesitzer Alois Ritschmann einerseits, der Società und dem Gastwirte Puppis, andererseits geschlossen worden waren. Wesentliches über den Konflikt Milovan-Puppis wurde vorläufig nicht zu Tage gefördert. Interessante Details bleiben der Nachmittagsverhandlung vorbehalten, die auch zu Zeugeneinvernahmen führen wird. Wir werden über den Ausgang der Gerichtsverhandlung morgen berichten.

Neues von der Tabakfabrik in Rovigno. Schon im nächsten Monate soll die Tabakfabrik in Rovigno durch den Zubau eines ganzen Flügels ergänzt werden, welcher das Etablissement fast um die Hälfte seiner jetzigen Ausdehnung vergrößern wird. Dieser Zubau machte sich dringend notwendig, um den an die Leistungsfähigkeit der Fabrik gestellten Anforderungen Genüge leisten zu können. Wie wir vernehmen, wird projektiert, auf dem Territorium der Bauern im Bezirke von Rovigno die Tabakkultur einzuführen. Dieser Plan muß umsomehr gutgeheißen werden, als dadurch ein Boden rationell ausgenützt werden soll, dessen Beschaffenheit alle Bedingungen für eine erfolgreiche Zucht der Tabakpflanze garantiert und dem Bauernstande ein neuer Erwerbszweig eröffnet werden wird.

Konzert des Violinvirtuosen Kneifel. Noch nie sind wir zu einem Konzerte mit mehr Spannung und Neugierde gegangen, als zum gestrigen Violinkonzerte im Politeama Ciscutti. Schon das Programm machte stußig. 13 Nummern, darunter Stücke (wie Beethovens Violinkonzert, Tartini's Sonate mit dem Teufelstricker u. a.) von bedeutender Länge. Wann sollte das enden? Herr Professor Kneifel hat die Vortragsreihe in 2 Stunden absolviert. Mit der Art und Weise dieser Abolvierung sind wir aber ganz und gar nicht einverstanden. Wir müssen zugeben, daß Herr Kneifel ein Geigenkünstler allerersten Ranges ist, der über eine fabelhafte Technik und Geläufigkeit verfügt und so über die schwierigsten Klippen der ganzen Violinliteratur mit Leichtigkeit hinwegschreitet. Die Kantilenen bringt er mit warmen Gefühle. Aber neben dem Großen und Anerkennungswerten fand sich auch manches, das weniger zu loben ist. Einzelne Stücke klangen sehr zerfahren und geradezu roh im Tone. Was sehr zu tadeln ist, das ist die Programmbehandlung. Viele Stücke wurden nur bruchstückweise gespielt, andere fielen ganz aus, dafür erschienen Stücke außer Programm, wie z. B. die Legende von Wieniawski. Manche Nummern hatten weder Hand noch Fuß. Begonnen wurde beispielsweise mit einer Romanze von Beethoven, dann setzten nach den ersten 8 Takten ganz unvorbereitet einige geigerische Akrobatengänge ein, denen dann wieder ein Motiv aus Raff's Cavatine folgte. So ging es weiter, in vielen Nummern konnte man die verschiedensten Meister heraushören. Gespielt wurde das meiste mit großartiger Technik und erntete auch reichsten Beifall. Aber derlei Effekthascherei mit zusammengelaubten „Schlagern“ darf sich ein ernster Künstler nicht erlauben. Herr Professor Kneifel darf nicht vergessen, daß er sich in einem Konzertsaal und nicht vor seinen

Schülern befindet. Sehr reklamhaft klingt die Bemerkung bei Programmnummer 12b: Tarantella 224 Takte in 1 1/2 Minuten gespielt. Die Begleitung einiger Stücke wurde von Herrn Julius Smareglia in vorzüglichster Weise durchgeführt. S.

Streik in der istrianischen Sardellenfabrik. In der istrianischen Sardellenfabrik in Rovigno ist ein partieller Streik zum Ausbruch gekommen. Glende Lohnverhältnisse sind die Ursache dieses Ausstandes. Die wahrhaft bedauernswerten Arbeiterinnen dieses Unternehmens, welche pro Stunde einen „Lohn“ von 14 Hellern erhalten, hatten an die Besitzer der Fabrik, Rismondo-Sbisa, die Forderung gestellt, ihren Stunden-Lohn während der Tagesschicht um 2 Heller und während der Nachtschicht um 18 Heller zu erhöhen. Nachdem die Firma, deren Unternehmen einen glänzenden Reingewinn aufweist, die Erfüllung der Forderung ihrer Arbeiterinnen rundweg abgelehnt hatte, gelangte der partielle Streik zum Ausbruch. Es wäre wohl sehr angezeigt, daß sich die Behörde energisch ins Mittel legte, um der gewissenlosen Ausbeutung der Armsten, die unter den unangenehmsten Begleiterscheinungen den ganzen Tag arbeiten müssen, um 60 oder 70 Kreuzer zu verdienen, unüberschreitbare Grenzen zu zeigen. Es geht unmöglich an, Zustände weiter aufrecht bestehen zu lassen, die an die finsternen Epochen der Sklavenseiten erinnern.

Polaer Straßenreinigung. Der Erfinder der Straßenbürstenwalze müßte sich falls er schon gestorben wäre, in seinem Grabe umdrehen, könnte er sehen, wie man in Pola den Begriff Straßenreinigung auffaßt. Die Anwendung der Straßenbürstenwalze beruht in Pola entschieden auf einem Mißverständnis, denn sie ist dazu bestimmt, die Straße, die vorher gehörig mit Wasser besprengt sein muß, in kürzester Zeit zu reinigen, nicht aber den von des Tages Mähen ausruhenden Staub in turmhohen Säulen in die Luft zu senden, wie man es in unserer Stadt allnächtlich sehen und fühlen kann. So oft diese unglückliche Maschine in Aktion tritt, sind die von ihr befahrenen Straßen in buchstäblich undurchdringliche Staubwolken gehüllt. Der aufgewirbelte Staub dringt in die unvorsichtigerweise geöffneten Fenster und den Schläfern in die Lungen, ruiniert alle Gebrauchsgegenstände und — morgens ist die „gereinigte“ Straße genau so schmutzig, wie abends vorher. Bereits voriges Jahr haben die Bewohner der Circonvallazione, Via Giulia und Barbacani an den Gemeinderat ein Gesuch gerichtet um endliche Abstellung dieses Uebels aber bis heute hat unsere weise Stadtvertretung es noch nicht der Mühe wert gefunden, zu veranlassen, daß den mit der Straßenreinigung betrauten Personen der strikte Auftrag gegeben werde, die Straßen mit Wasser zu besprengen bevor sie mit der Bürstenwalze zu arbeiten beginnen. Weil wir gerade vom Aufspritzen reden, sei eines anderen skandalösen Zustandes in der Via Dspedale erwähnt. Diese Straße ist geradezu ein Stiefkind unserer Straßenreinigung, denn nicht einmal die märchenhaften „ältesten Leute“ können sich erinnern, in dieser Straße jemals einen städtischen Sprengwagen gesehen zu haben. Auch die dortigen Hausbesitzer sind schon bei der Gemeindeverwaltung deshalb vorstellig geworden, der Erfolg war jedoch gleich null. Wir fragen nun den Gemeindeverwaltungsausschuß, wie lange er noch die besprochene Schlampe bestehen zu lassen gedenkt und ob er nicht vielleicht doch sich seiner Pflichten bewußt werden wird, die in erster Linie die öffentliche Wohlfahrt betreffen.

Die „Seeschlacht“ von Grado. Wie erinnerlich, gab es Anfang dieses Jahres in Grado eine fürchterliche Aufregung, als die Brazzere „Elisabetta“ aus Pirano dort landete, um Sand zu fassen. Die Schiffer von Pirano betrachteten das Vorgehen der Brazzere als „Landfriedensbruch“ und gingen dementsprechend daran, die Invasion abzuwehren. Es hätte nicht viel gefehlt und es würde außer einigen blutigen Köpfen auch noch Tote gegeben haben. Vor einigen Tagen fand in Görz das gerichtliche Nachspiel dieser Seeschlacht statt. Elf Fischer standen unter der Anklage der öffentlichen Gewalttätigkeit. Im Laufe der Verhandlung gelang es ihnen, sich reinzuwaschen, so daß der Richter mit einem Freispruch sämtlicher Angeklagten vorging.

Großer Juwelendiebstahl. Gestern nachts lieferten die berüchtigten Triester Raffenanbohrer wieder ein hervorragendes Gaunerstücklein. Diesmal „beehrten“ sie den Uhrmacher Karl Wehiet am Corso Nr. 47. In dessen Lokal brennt die Nacht über immer Gaslicht, außerdem befindet sich an der Tür ein kleines Guckloch, das den Aufsichtsorganen ermöglichen soll, zu jeder Zeit sich von der eventuellen Anwesenheit von Einbrechern zu überzeugen. Trotz dieser Vorsichtsmaßregeln stiegen die Diebe dennoch ein und stahlen unter den Augen der Aufseher sämtliche Gold- und Silberwaren und erbrachen mit ganz gewöhnlichen Stemmmeißeln die Kasse. Die Schadenssumme beträgt 30.000 bis 40.000 Kronen.

Gerichtssaal. Am 30. April d. Js. kam es in der hiesigen Markthalle zwischen einigen Obsthändlern,

unter denen sich auch die Obstverkäufer Franz Barich und Radivoj Milic befanden, zu einem Wortstreite, der unfehlbar zu Tätlichkeiten ausgeartet wäre, wenn nicht ein Sicherheitswachmann interveniert hätte. Allein diesmal bewährte sich das Sprichwort von dem dritten, der sich freut, wenn zwei andere streiten, nicht, denn der Diener der heiligen Hermandad wurde von den beiden Obsthändlern tödlich angegriffen. Wegen Verbrechens der öffentlichen Gewalttätigkeit unter Anklage gestellt, wurden Milic und Barich von einem Straf senate des Kreisgerichtes zu Rovigno gestern schuldig gesprochen und zu vier-, bezw. sechs wöchentlichen strenger Kerkerhaft verurteilt. — Der Arbeiter Franz Sergo aus Lupoglava wurde wegen Verbrechens des Diebstahls zu schwerem Kerker in der Dauer von zwei Monaten verurteilt. —

Der Arbeiter Johann Malinich aus Montona wurde wegen Entführung des neunzehnjährigen Mädchens Maria Corlevidj zu schwerem Kerker in der Dauer von drei Wochen, der 37 Jahre alte Arbeiter Maximilian Carpani, welcher seinerzeit einem Gaste im Café „Civile e Militare“ ein Bierglas ins Gesicht geworfen und ihn dadurch schwer verletzt hatte, zu schwerem Kerker in der Dauer von vier Monaten, und zu der gleichen Strafe der Ortsinwohner Matthäus Kollmann verurteilt, welcher am 30. April l. J. in einem Gasthause in der Via Siana ein ähnliches Attentat verübt hatte und sich gegen einen Wachmann Tätlichkeiten zu Schulden kommen ließ. —

Kleine Nachrichten. Aus dem Flur eines Hauses in der Admiralsstraße wurde ein Buchrad, Freilauf, mit der Nummer 23.972 entwendet. Das Rad hat grüne Felgen und gerades Gouvernal. Vor Ankauf wird gewarnt. — Ein hoffnungsvoller Junge aus der Malaria gab vor einigen Tagen in einem verrufenen Hause einem Mädchen als „Liebeshonorar“ einen Brillantring im beiläufigen Werte von 200 Kronen. Der Ring, der sicher von einem Diebstahl herrührt, erliegt im Sicherheitswachkommando und kann vom Eigentümer abgeholt werden.

Militärisches.

Ursache. Korvettenkapitän Nikolaus Ritter von Roda-Towski 3 Monate. (Oesterreich-Ungarn); Vinienschiffsjährlich Slawomir Drachser drei Monate (Oesterreich-Ungarn); Vinienschiffsjährlich Siegmund Edler von Pott zwei Monate (Graz und Oesterreich); Maschinenbauingenieur 2. Kl. Josef Brokop acht Wochen (Böhmen); Schiffsleutnant Alfred von Diezinger ein Tag (Barcola). Vinienschiffsjährlich Slawomir Drachser hat die Einberufung zu gewärtigen.

Drahtnachrichten.

Wien, 19. Juni. (N.-B.) (Budgetausschuß des Abgeordnetenhauses.) Abg. Kramarsch konstatiert zunächst, daß er weder vom Parteistandpunkte, noch als Gegner Dr. v. Koerber's zu sprechen beabsichtige, um seine Nachgelüste zu befriedigen. Es liege eine offenkundige Verletzung der Verfassung vor und er müsse die der böhmischen Obstruktion beigemessene Schuld zurückweisen und dem Umstande zumessen, daß das Parlament durch Befreiung des den Tschechen angetanen Unrechtes seitens der Regierung nicht arbeitsfähig gemacht wurde. In der Behandlung der Tiefster Hafenanlagen sei ein geradezu sträflicher Mangel an Voraussicht und eine Leichtfertigkeit an den Tag gelegt worden und die schuldtragenden Beamten müssen strengstens bestraft werden. Die Erklärungen des Handelsministers bedeuten einen Mangel an Respekt gegenüber dem Budgetausschuß. Die Frage der Vergebung der Arbeiten um 24 Millionen Kronen, jener heikelste Punkt, sei unaufgeklärt geblieben. Daß ein Ministerpräsident mit Banken in Verbindung trete, sei eine Mißpation der Macht, die sich das Parlament nicht gefallen lassen könne. Redner beipricht sodann die technische Seite der Frage und bemerkt, daß auch das unglaubliche Verhältnis der Triester Seebehörde zum Wiener hydrotechnischen Bureau zum Gegenstande einer peinlichen Untersuchung gemacht werden müsse.

Obmann Kathrein erklärt, daß er sowohl dieses administrative als auch das vom Minister ihm übergebene technische Exposé sofort in Druck legen und verteilen lassen werde. Er wird veranlassen, daß eine größere Anzahl von Druckexemplaren des Subkomiteeberichtes hergestellt werden, um zur Verteilung gelangen zu können. Abgeordneter Schalk beantragt, die Beratung abzubrechen und dieselbe nach Drucklegung und Verteilung des Exposés fortzusetzen. Die Abgeordneten Skene und Morsey ersuchen den Abgeordneten Schalk, auf seinem Antrag nicht zu beharren. Nachdem Schalk diesem Wunsche Rechnung getragen, wird in die meritorische Debatte eingegangen. Berichterstatter Ritter von Bukovic tritt für die unveränderte Annahme der Anträge des Subkomitees ein. Die Verhandlung der letzten Sitzung habe nichts zu Tage gefördert, das geeignet wäre auch nur einen der Anträge des Subkomitees gegenstandslos zu machen. Auch das von der Regierung heute vorgelegte Exposé sei nicht geeignet, den Redner in seinem Standpunkte

in dieser Angelegenheit zu beirren. Sehr unangenehm habe es Redner berührt, daß das Bestehen von Abmachungen zwischen der Regierung und Kreditinstituten geleugnet wurde, während aus den Akten zu ersehen ist, daß solche Abmachungen platzgegriffen haben. Redner dankt dem Handelsminister dafür, daß er auf den Antrag des Subkomitees eingegangen sei und den Wünschen desselben nach Möglichkeit Rechnung zu tragen und die betreffenden Organe zur Verantwortung zu ziehen, gewillt sei. Abgeordneter Mazorana möchte gerne hören, was die Regierung tun werde, wenn der Budgetausschuß, resp. das Haus, jenen Punkt der vorgelegten Resolution annimmt, daß gewisse Organe der Regierung zur Verantwortung zu ziehen seien. Wenn Dr. v. Koerber in seiner Zuschrift behauptet, daß ihn die Triester Abgeordneten anlässlich seiner Anwesenheit in Triest im Jahre 1903 zu einer Aktion bezüglich der Erweiterung der Hafenanlagen gedrängt hätten, so wolle er nur erklären, daß damals, als die italienischen Abgeordneten mit dem Ministerpräsidenten nur in wenigen Momenten zusammentrafen, nicht ein Wort über die Hafenerweiterung gesprochen wurde. Ein weiterer Beweis für diese Tatsache liege auch darin, daß der ehemalige Abgeordnete Bafjevi noch am 12. April 1904 an den damaligen Ministerpräsidenten eine Interpellation richtete, welche sich auf die Konkurrenzausschreibung bezog. Redner wolle aber loyal zugeben, daß Dr. v. Koerber bei dieser seiner Behauptung sich in guten Glauben befunden habe, denn die Ressortminister wurden mit Memoranden in der Triester Hafenanlage überhäuft, so daß es ganz leicht möglich ist, daß sich Dr. v. Koerber über den Zeitpunkt der Intervention der italienischen Abgeordneten in einer Täuschung befinde. Redner müsse auch zugeben, daß die Regierung des Dr. Koerber anerkannt habe, daß von der Regierung grobe, verhängnisvolle Fehler in der Triester Hafenanlage begangen wurden, indem man verabsäumte, rechtzeitig für diese Hafenanlagen unter Berücksichtigung der erwähnten Eisenbahnverbindung mit Triest vorzusorgen, so daß Dr. Koerber glauben konnte, er habe sich in einer Zwangslage befunden. Allerdings habe nicht die Zentralregierung das Verdienst, diese Fehler erkannt zu haben, sondern die Triester Seebehörde, die in freundschaftlichem Kontakte mit der dortigen Geschäftswelt stehe und einen ausführlichen Bericht nach Wien erstattete, um das Handelsministerium zu energischen Schritten zu veranlassen. Abg. Schraffl erklärt, er sei immer ein Gegner des Dr. v. Koerber gewesen und darum stehe ihm zu, zu erklären, daß der Budgetausschuß verpflichtet wäre, dem Minister, gegen den hier so schwere Anklagen erhoben wurden, Gelegenheit zu geben, sich zu verteidigen. Redner wendet sich gegen die Abg. Morsey und Fuchs und erklärt, es sei merkwürdig, daß jetzt, wo so schwere Anklagen gegen Dr. v. Koerber erhoben werden, jene Abgeordneten als die bestigsten Ankläger zu hören sind, welche seinerzeit, als Dr. v. Koerber noch hier saß, immer in seiner nächsten Nähe waren und gegen jene losgezogen haben, die sich gegen Koerber gewendet haben. Redner habe die Empfindung, daß Morsey und Fuchs es besser anderen Abgeordneten überlassen können, solche Anklagen gegen Dr. Koerber zu erheben. (Abg. Fuchs: Gegen Dr. Koerber habe ich überhaupt keine Anklage erhoben!) Schraffl fährt sodann fort: Redner müsse die Mitglieder des Zentrums darauf aufmerksam machen, daß gerade sie am meisten Dr. Koerber zu verdanken haben, daß gerade sie am meisten von ihm protegiert wurden. Redner verweist darauf, daß zwischen der Begründung des Subkomitees und den Schlußanträgen ein ungewöhnlicher Widerspruch bestehe. Wenn die in der Begründung des Subkomitees erhobenen schweren Anklagen und Beschuldigungen richtig sind, wird sich daraus die einzige Konsequenz ergeben, daß gegen Dr. Koerber die Ministeranklage erhoben werden müsse. Wenn aber die Begründung nicht richtig ist, wenn die Regierung sich wirklich in einer Zwangslage befunden habe, wenn viele Abgeordnete im Ausschusse und im Abgeordnetenhaus bekennen müssen, daß sie die Regierung in eine Zwangslage versetzt hätten, so daß sie nicht anders handeln konnte, dann muß der Ausschuß auch den Mut haben, es offen zu sagen. Dann darf er sich nicht in die Rolle des Anklägers werfen, sondern muß zugeben, daß die Regierung infolge der Zwangslage ein gewisses Recht hat, das Gesetz zu übertreten. Ein Drittes gibt es nicht.

Abg. Skene erklärt gegenüber dem Abg. Schraffl, daß, wenn auch er ein politischer Freund Koerber's gewesen sei, er sich niemals in seiner Abgeordnetenpflicht, die Interessen des Staates und der Bevölkerung zu wahren, beirren lassen wird. Er konstatiert zunächst, daß der Bericht des Subkomitees keinen Angriff auf die Integrität Koerber's enthält. Mit den heutigen Ausführungen des Handelsministers sei Redner bis auf einen Punkt einverstanden. Der Ausschuß könne nicht den Standpunkt akzeptieren, daß über die Vergangenheit gewissermaßen die Decke christlicher Nächstenliebe gebreitet wird. Das Schreiben Koerber's an den Ministerpräsidenten Beck leide an einigen lapsus memoriae. So wurde die Berufung Koerber's auf die

italienischen Abgeordneten heute durch den Abg. Mazorana dementiert, und wenn Koerber behauptet, daß mit der Unionbank staatlicherseits keinerlei Vereinbarung getroffen wurde, so widerspreche dies vollkommen der Aktenlegung.

Handelsminister Forcht verspricht auf die zu Beginn der heutigen Sitzung an ihn gestellten Anfragen technischer Natur seitens des Abg. Skene in der nächsten Sitzung zu erwidern, worauf die Verhandlung abgebrochen und die Sitzung vertagt wird.

Wien, 19. Juni. (N.-B.) Der Budgetausschuß der österreichischen Delegation setzt die Verhandlung des Heeresordinariums fort.

Delegierter Kozłowski hebt mit Genugtuung das lobende Urteil des österreichischen Generalstabes über die österreichische Infanterie sowie über die österreichischen Feldhaubitzen hervor. Redner konstatiert sodann, daß noch kein österreichischer Kriegsminister so freimütig die Bedeutung der Pflege der nationalen Idee in der Armee würdigte, wie der gegenwärtige. Das Recht der Regelung der Armeesprache sehen die Polen als Reservat der Krone an. Redner hat die Ueberzeugung, daß der Kaiser in dieser Angelegenheit der beste Richter sei. Die Befürchtung wegen einer eventuellen Bergliederung der Armee hält Redner wenigstens jetzt als ungerechtfertigt. Weiter anerkennt er die Bedeutung der allgemeinen Kommando- und Dienstsprache in den Grenzen der dienstlichen Notwendigkeit, hebt jedoch die große Wichtigkeit der Kenntnis der Regimentsprache für die Unterweisung der Soldaten hervor. Schließlich wünscht Redner die Doppelsprachigkeit in den Aufschritten auf den Ararialkasernen wie in Prag auch für Galizien und urgiert die Militärstrafprozessordnung.

Delegierter Dr. Lecher empfiehlt auf das Wärmste die Berücksichtigung des Kleingewerbes bei den Armeelieferungen. Redner stellt verschiedene auf die Verwendung des Automobils bezügliche Anfragen und verlangt Aufklärung darüber, ob nach den bestehenden Bestimmungen der das Automobil kommandierende Offizier eventuell haftbar ist.

Delegierter Duleba klagt darüber, daß bisher die wichtigsten Reformen des Wehrgesetzes, des Militärstrafprozesses und das Einquartierungsgesetz nicht durchgeführt seien. Er hofft, daß die beiden Regierungen wenigstens jetzt die rasche Vollendung dieser gesetzgeberischen Arbeiten veranlassen werden. Weiters tritt Redner für eine größere Berücksichtigung der Kleingewerbetreibenden bei den Heereslieferungen ein und verlangt die Aufhebung des zweiten Strafjahres im Einjährig-Freiwilligendienst, sowie die Gleichstellung der Real-, Gewerbe- und Handelschüler mit den Gymnasialschülern, sowie endlich die Vorlegung eines Gesetzes über den Rayon befestigter Plätze und urgiert die Regelung der Frage der Demolierungsrevers.

Wien, 19. Juni. (N.-B.) (Abgeordnetenhaus.) Präsident Wetter eröffnet die Sitzung um 12 Uhr 5 Min. Nach Verlesung des Einlaufes werden Erziehungswahlen in verschiedene Ausschüsse vorgenommen. Hierauf wird in die Tagesordnung übergegangen und die Spezialdebatte über die zweite Gruppe der §§ 13a und 38 fortgesetzt. Abg. Kaspar ergreift das Wort.

Triest, 19. Juni. (Vlojddampfer.) Abgegangen: „Bohemia“ am 18. Juni von Aken nach Suez; „Nippon“ am 18. Juni von Kobe nach Shanghai; „Habsburg“ am 19. Juni von Brindisi nach Venedig und Triest.

Moskau, 19. Juni. (Pet. Tel.-Ag.) In mehreren Moskauer und Petersburger Blättern wurden Gerüchte verzeichnet, daß man im Falle der Auflösung der Reichsduma in Moskau einen Eisenbahnerausstand und einen Aufruhr erwartet. Wie sich jetzt herausstellte, gehen die Gerüchte von einer isolierten Gruppe von Leuten aus. Nach fester Ueberzeugung, der aus sicheren Quellen unterrichteten Behörden sind diese Gerüchte vollständig unbegründet.

Briefkasten der Redaktion.

N. N. — J. S. Besten Dank! Zu spät eingelangt. Erscheint morgen.

Kleiner Anzeiger

1 Wort 3, Fettdruck 6 Heller, Minimaltaxe 30 Heller.

Südmark-Bündhölzer sind zu haben bei Michael Sonn- bichler, in der Tabaktrafik am Bahnhofs und in den Tabaktrafiken Via Muzio Nr. 32 u. 6 und Via Lissa 37. 286

Zeissfeldstecher zu Original-Fabrikpreisen, 6fach 72 fl., 8fach 78 fl., 12fach 112 fl. Alleinvertreter für Wola K. Jorgo, Via Sergia Nr. 21. Auf Raten 5% höher. 738

Ein elegant möbliertes Zimmer mit separiertem Eingang und Gas ist ab 15. Juni zu vermieten. Via Zaro Nr. 14. 759

Wohnung, bestehend aus 3 Zimmern, Küche etc., Gas und Wasserleitung. Via Tartini 13, ebenerdig. 814

Zu vermieten eine Wohnung, bestehend aus 5 Zimmern, Kabinett und Küche. Via Zaro 11. Näheres Via Medolino 1. 815

Ein Fräulein aus guter Familie sucht Stellung zu Kindern, eventuell Komptoir. 1000

Val Saline, Veruda, Haus mit Badelabinen, auch für Restaurant geeignet, ist billig zu verkaufen. 816

